

Zuwanderung in die Sozialhilfe

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie lange wollen wir Deutschen uns noch von den Regierungen an der Nase herumführen lassen? Jahr um Jahr hat man uns getäuscht und belogen. Jahrelang hat man uns erzählt, die einmal angeworbenen Gastarbeiter würden Deutschland irgendwann wieder verlassen. Dann wurden ihre Angehörigen nachgeführt und weitere Millionen ins Land gelassen, von denen heute viele aus unseren Sozialkassen leben. Ein führender CDU-Politiker sagte kürzlich in einem Interview: »Die Zuwanderung hat überwiegend in die Sozialsysteme stattgefunden. Das wichtigste Sozialsystem für diese Bevölkerungsgruppe ist die Sozialhilfe. Sie hat die Kommunen 2002 fast insgesamt 30 Milliarden Euro gekostet, Tendenz weiter stark steigend. 1962, als die Sozialhilfe eingeführt wurde, mussten die Gemeinden dafür nur 600 Millionen Mark bereitstellen – die Ausgaben haben sich also in vier Jahrzehnten ver Hundertfacht... Und auch wenn es rot-grüner Gefühlsduselei widerspricht: Wir brauchen gerade für die Kommunen ein Gesetz, das Einwanderung wirklich begrenzt und sie im Interesse unseres Landes steuert.« Der CDU-Politiker vergaß zu erwähnen, dass es CDU/FDP waren, die die Massen von Ausländern ab 1983 ins Land gelassen haben. Wer also glaubt, beim nächsten Mal wieder schwarz/gelb wählen zu müssen, dem ist nicht mehr zu helfen.

Das nächste Mal **REP** ^{DIE} **REPUBLIKANER** wählen!

Absender nicht vergessen!

BITTE
HIER
FREI-
MACHEN

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich möchte, dass die REPUBLIKANER zur nächsten Wahl antreten und bin bereit, hierfür eine Unterstützungsunterschrift zu geben (kostenlos).

DIE
REPUBLIKANER

Bundesverband
Postfach 87 02 10

13162 Berlin

www.rep.de

Unsere Sozialausgaben explodieren und was tun die Politiker?

Die Beiträge zu den Krankenversicherungen steigen, die Leistungen sinken. Welche Möglichkeiten hat der arbeitende und steuerzahlende Bürger, hiergegen etwas zu unternehmen? Fast keine. Er kann in eine andere »günstigere« Kasse wechseln, bis diese auch ihre Beiträge erhöht. Dagegen zahlen unsere Krankenkassen aufgrund verschiedener Sozialversicherungsabkommen für Angehörige (auch Eltern und Zweitfrauen) hier lebender Ausländer in alle Herren Länder – egal ob der hier lebende Ausländer selber Beiträge in die Kasse zahlt oder von Staats wegen versichert ist. (Wir haben die Fakten – fordern Sie diese an). Im Rahmen der sog. »Sozialabkommen über Fremdreuten« zahlen wir Renten aus, die nicht etwa mit Nachweisen ermittelt werden, wie bei jedem Deutschen üblich, sondern nach möglichen Arbeitsjahren hochgerechnet werden. Diese Renten errechnen sich dann nicht etwa auf der Basis des landesüblichen Lohnes, sondern auf der Basis der in Deutschland gezahlten Löhne. Damit werden Fremdreutenbezieher besser gestellt als jeder Deutsche, der jahrzehntelang Beiträge eingezahlt hat und heute um seine Rente betrogen werden soll. Aber das passt alles ins Bild der deutschen Politiker! Zitat der jetzigen Familienministerin aus einer bekannten Tageszeitung vom 18.11.2003: es sei ihr »verhältnismäßig wurscht« wenn die Deutschen ausstürben und diese Frage stelle sie sich »an allerletzter Stelle«. Auf die Frage ob es nicht an der Zeit wäre, o.g. Sozialversicherungsabkommen zu kündigen, antwortet die Kollegin im Gesundheitsministerium: »Es gibt keinen Grund irgendeine Sozialversicherungsabkommen zu kündigen...«.

**Wer sich das alles nicht mehr gefallen lassen möchte,
der informiert sich vor der nächsten Wahl.**

V.i.S.d.P.: Uschi Winkelsett, Postfach 520129, 48087 Münster

Antwortkarte

	Ja	Nein
Die deutschen Sozialsysteme stehen kurz vor dem Aus. Die Zahlungen unserer Krankenkassen ins Ausland an Familienangehörige hier lebender Ausländer muss endlich aufhören.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollen nur noch die Personen Rente erhalten, die selber (oder ihre Ehepartner) Beiträge in Deutschland eingezahlt haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Alle Staatsausgaben müssen auf den Prüfstand. Politikerpensionen ebenso wie die Subventionierung fragwürdiger Projekte, Sozialausgaben, EU-Beiträge, UNO-Beiträge, NATO-Beiträge, und und und. Es darf keine Tabus geben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Religion und Verfassungsrechte dürfen sich nicht widersprechen. Keine fundamentalistischen Islamistinnen im deutschen Schuldienst.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer die länger als zwei Jahre arbeitslos sind oder Sozialhilfe empfangen, müssen unser Land verlassen. Wir sind nicht das Sozialamt der Welt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fordere, dass straffällig gewordene Ausländer umgehend abgeschoben werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fordere die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Die illegale Zuwanderung muss durch unsere Grenzschützer verhindert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Meine persönlichen Anmerkungen:		
